

4053/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat ELLMAUER, FREUND, MURAUER und Kollegen haben am 14. Mai 1998 unter der Nr. 4399/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "die Planstelleneinsparung in Oberösterreich" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- 1) Ist Ihnen die Situation in Oberösterreich im Bereich der Bundesgendarmerie bekannt?
- 2) Ist es richtig, daß die Pro Kopf/Gendarmeriedichte in Oberösterreich die niedrigste aller Bundesländer ist?
- 3) Ist es richtig, daß Oberösterreich laut Belastungsstudie einen Fehlstand an Gendarmeriebeamten aufweist?
- 4) Warum hat Oberösterreich dann 15 Gendarmeriebeamte im Jahr 1998 abzustemisieren, obwohl ein Fehlstand besteht?
- 5) Warum erfolgen die Einsparungen nicht differenziert bzw. verstärkt in den Bundesländern mit den höchsten Pro Kopf/Gendarmeriedichten und den geringeren Belastungen laut Belastungsstudie?
- 6) Stehen Sie trotzdem zu den geplanten Einsparungen in Oberösterreich?
- 7) Haben Sie für den Fall, daß die Einsparungen tatsächlich verwirklicht werden, Maßnahmen getroffen, um das entstandene Sicherheitsrisiko zu kompensieren?
- 8) Ist es richtig, daß in Oberösterreich bis zum Ende des Jahres 2002 zirka 180 Gendarmeriebeamte das 60. Lebensjahr vollendet haben und in den Ruhestand treten werden?
- 9) Was haben Sie geplant, um die Fehlstände unter Berücksichtigung der zweijährigen Ausbildungszeit einigermaßen auszugleichen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1

Ja.

Zu Frage 2

Ja. Dies war auch der Grund, daß das Landesgendarmeriekommando für Oberösterreich bei den in den Vorjahren durchzuführenden Personalreduktionen weitgehend ausgenommen wurde.

Zu Frage 3:

Ja.

Zu Frage 4 und 5:

Im Hinblick auf die vorgebrachte Kritik an der Belastungsstudie wurde eine generelle Vorgangsweise gewählt. Außerdem kann die Belastungsstatistik, die 1996 letztmalig errechnet wurde, nicht mehr als gültige Basis angesehen werden. Derzeit wird mit Hilfe vorliegender Verbesserungsvorschläge ein neues Modell einer zweckmäßigeren Evaluierung erarbeitet.

Zu Frage 6:

Die Einsparungen sind eine Vorgabe durch das Bundesfinanzgesetz, die in jedem Bundesland schwierig zu vollziehen sind. Aufgrund der gewählten und vorstehend bereits begründeten Vorgangsweise ist auch das Landesgendarmeriekommando für Oberösterreich anteilig zu belasten.

Zu Frage 7:

Es gibt weder in Oberösterreich, noch in einem anderen Bundesland ein "Sicherheitsrisiko". Der Sicherheitsstandard in Österreich und speziell in Oberösterreich ist nach wie vor ein sehr hoher. Auch im Bundesland Oberösterreich war 1997 bei den Gesamtsummen alten gerichtlich strafbaren Handlungen ein Minus von 4,3 % zu verzeichnen. Trotz der Einsparung von 15 Beamten im Jahre 1998 wird Oberösterreich auch weiterhin ein sicheres Bundesland bleiben; zum einen aufgrund des Einsatzes der neuesten Technik sowie einer gewissen Entlastung durch den Grenzdienst und zum anderen aufgrund der Zuweisung von 45 Planstellen im Zuge der durchzuführenden Ausgleichsmaßnahmen.

Zu Frage 8:

Nach den ho Unterlagen werden bis zum Jahresende 2002 148 Gendarmeriebeamte (Stand: 28. Mai 1998) das 60. Lebensjahr vollendet haben. Durch die Möglichkeit, auch über das 60. Lebensjahr hinaus im Aktivstand zu verbleiben, kann eine konkrete Zahl der Abgänge nicht genannt werden. Die genannte Zahl dürfte aber weitgehend der Realität entsprechen.

Zu Frage 9:

Es ist geplant, im Herbst 1998 vorerst einen Grundausbildungslehrgang für Wachbeamte beim Landesgendarmeriekommando für Oberösterreich einzurichten.